

<b>ÄNDERUNGSANTRAG</b>  Stadtrat Stefan Schmitt (pl)  vom 15. Dezember 2014	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>6. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>16.12.2014</b> <b>2014/0825</b> <b>18</b> <b>öffentlich</b>
<b>Weiterentwicklung Bonusprogramm Energetische Sanierung im Privatbereich</b>		

Das zu beschließende Bonusprogramm soll dahingehend geändert werden, dass ab sofort keine Dämmungen von Außenfassaden mit Polystyrol oder anderen ölhaltigen Materialien mehr gefördert werden. Stattdessen sollten Fördergelder für Fassadendämmung nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn die Dämmung mit nicht brennbaren Materialien, wie beispielsweise mit Mineralwolle, erfolgt.

**Sachverhalt/Begründung:**

Die Dämmung von Außenfassaden mit Polystyrol stellt sich wegen der erhöhten Brandgefahr als Sackgasse dar.

Eine Ende November veröffentlichte Analyse der Bauminister der Bundesländer kommt zu folgendem Schluss - Zitat aus SPIEGEL-Online vom 30.11.2014:

"Darin werden die Ergebnisse einer Versuchsreihe wiedergegeben, bei der Experten eine Holzkrippe vor einer 60 Quadratmeter großen Wand mit Polystyrol-Dämmplatten entzündet hatten. Dabei habe sich der Brand bereits 15 Minuten nach Entzünden der Brandquelle zum Vollbrand entwickelt und über die gesamte Wandfläche, verbunden mit massiver Flammen- und Rauchentwicklung ausgebreitet", heißt es in der Expertise.

Das Wärmedämmverbundsystem habe "bei diesem Versuch versagt". Verantwortlich für das Brandgeschehen sei gewesen, dass sich "durch die Hitze geschmolzenes und ablaufendes Polystyrol an der Brandquelle entzünden kann" und "die Brandlast während des Brandverlaufs noch zunimmt".

Die Experten der Bauminister schlugen deshalb vor, die Brandschutzvorschriften für Neubauten zu verschärfen." - Zitatende.

Inzwischen warnen auch die Feuerwehren vieler Städte vor einer Weiterverwendung von Polystrol als Dämmstoff, da ein Löschen einer vollflächig brennenden Polystrolfassade mit Wasser nicht mehr möglich ist.

Bis zur Anpassung der Brandschutzvorschriften an die festgestellten Realitäten sollten durch die Stadt keine Projekte gefördert werden, die eine erhöhte Brandgefahr an Wohngebäuden zur Folge haben.

unterzeichnet von:

Stefan Schmitt

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

15. Dezember 2014